Niederschrift

31. Sitzung der Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.04.2024
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:07 Uhr
Ort, Raum:	Rathaussaal Rathaus Ribnitz, Am Markt 1, 18311 Ribnitz-Damgarten

Anwesend

Vorsitz

Hans-Joachim Westendorf

Mitglieder

Ann-Kristin Behm

Christina Bonke

Uwe Brandenburg

Helge Eggersmann

Ramona Giese

Stefan Giese

Andreas Gohs

Hans-Dieter Konkol

Eckart Kreitlow

Tino Leipold

Michael Lorusch

Dr. Swantje Petersen

Horst Schacht

Ralf Schneider

Ruth Steinke

Udo Steinke

Stefan Stuh

Udo Voß

Heike Völschow

Manfred Widuckel

Susann Wippermann

Verwaltung
Thomas Huth
Silke Kunz
Heiko Körner

Schritfführer
Martina Hilpert

Abwesend

Mitglieder
Axel Attula
Wolfram Kiupel
Andreas Nehm

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1| Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2| Feststellung der Tagesordnung
- 3| Einwohnerfragestunde
- 4| Bestätigung des Protokolls der Stadtvertretersitzung vom 28.02.2024 mit Protokollkontrolle
- 5| Information über die aktuelle Flüchtlings-/Asylbewerbersituation im Amtsbereich Ribnitz-Damgarten
- 6| Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens RDG/BV/VL-24/801
- 7| Änderungsbeschluss zum Aufstellungsbeschluss über die VII. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 der Stadt Ribnitz-Damgarten „Körkwitzer Weg“ im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB RDG/BV/BA-24/780/01
- 8| Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die III. Änderung und II. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 28 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Gewerbegebiet Tannenberg I“, OT Klockenhagen RDG/BV/BA-22/442/01
- 9| Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 112 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Photovoltaikanlage an der Bahnstrecke Rostock-Stralsund“, OT Borg RDG/BV/BA-23/755/01
- 10| Aufstellungsbeschluss über die Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB der Stadt Ribnitz-Damgarten für den Bereich „Rostocker Landweg 42“, OT Petersdorf RDG/BV/BA-24/794
- 11| Beschluss der 3. Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten RDG/BV/BA-23/733/01
- 12| Ausübung des Wahlrechtes zur Erstellung von jährlichen Beteiligungsberichten als Alternative zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 61 KV M-V RDG/BV/FA-24/789
- 13| Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Ergebnisse der Prüfungstätigkeit gemäß § 3 Kommunalprüfungsgesetz M-V RDG/IV/FA-24/788
- 14| Interessensbekundung zur Teilnahme am Bundesförderprogramm „Demokratie leben“ RDG/BV/BK-24/803
- 15| Informationen des Bürgermeisters
- 16| Anfragen/Mitteilungen
- 17| Rückblick des Stadtpräsidenten auf die Wahlperiode 2019 - 2024 mit Ehrung und Verabschiedung von Mitgliedern der Stadtvertretung

Nichtöffentlicher Teil

- 18| Veräußerung von Liegenschaften RDG/BV/BA-24/792

- 19| Informationen des Bürgermeisters
- 20| Auskünfte/Mitteilungen
- 21| Schließung der Sitzung

Protokoll

Öffentlicher Teil

1| Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stadtpräsident Westendorf eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit zu diesem Zeitpunkt 22 anwesenden Stadtvertretern fest.

2| Feststellung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungsanträge.

3| Einwohnerfragestunde

- Herr Dr. Matthias Weber kritisiert das teilweise fehlende Miteinander von Stadtvertretung und Bürgerinnen und Bürger. Er geht speziell auf den Umgang mit der Bürgerinitiative „Kein Massentourismus auf Pütznitz“ ein. Mitglieder der Stadtvertretung und die Verwaltung werfen der Bürgerinitiative vor, Lügen zu verbreiten. Diese hält der Stadt wiederum vor, sich zu Lasten der Bürgerschaft in ein finanzielles Abenteuer zu begeben. Er empfiehlt einen Austausch zwischen beiden Parteien und bietet gegebenenfalls seine Teilnahme an. Es können beide Seiten nur gewinnen.
- Herr Decker geht auf die Veranstaltung am 15. April 2024 in Sachen Bernsteinresort Pütznitz ein, die als „Runder Tisch“ bezeichnet wurde, aber nur von Bürgerinnen und Bürgern aus den Reihen der Stadtvertretung bzw. der in die Fachausschüsse und Ortsbeiräte gewählten sachkundigen Einwohner:innen besucht werden durfte. Dies entspricht seiner Auffassung nach nicht einem „Runden Tisch“, da hier widerstreitende Meinungen aufeinander treffen sollten.

Herr Bürgermeister Huth erklärt, dass der Kreis der Teilnehmer auf alle Bürgerinnen und Bürger erweitert wurde, die durch ihre Kandidatur für eine Mitgliedschaft in der Stadtvertretung ihr Interesse an der politischen Arbeit bekundet haben, also auch die Vertreter der Bürgerinitiative. Er macht deutlich, dass er Aufklärung für wichtig hält und diese Veranstaltung nur einen Auftakt darstellte. Es befinden sich weitere, auf unterschiedliche Akteure ausgerichtete, in Vorbereitung.

Herr Stadtvertreter Gohs führt aus, dass in den letzten fünf Jahren sehr unterschiedliche Formate für den Austausch mit diversen Interessengruppen gewählt wurden. Er erinnert an die Pütznitz-Foren, die regelmäßigen Diskussionen im Rahmen der Sitzungen des Stadtausschusses Damgarten und seine Teilnahme an einer Veranstaltung der Bürgerinitiative. Einige Positionen sind allerdings festgefahren und demokratisch legitim, werden sich durch weitere Gespräche aber nicht ändern.

- Frau Stroh erfragt im Zusammenhang mit ihrer Feststellung, dass im Nizzepark mehrere Frisbeekörbe aufgestellt wurden, wer diese finanziert hat und wie die Vorstellungen in Sachen Verwendung sind.

Herr Körner, Leiter des Amtes für Bau, Wirtschaft und Liegenschaften, informiert über die Vorgeschichte. Die Idee, im Nizzepark eine Anlage für eine neuartige Sportart für Wettkämpfe über einen Parcours zu installieren, ist vor mehreren Jahren im Sportausschuss entstanden. Es handelt sich um eine öffentliche, durch die Stadt finanzierte Anlage. Er sichert eine Pressemitteilung bezüglich der Nutzungsmöglichkeiten zu.

- Herr Stadtvertreter Kreitlow äußert hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Dr. Weber Bedenken bezüglich des Zeitpunktes. Er verweist auf die anstehende Kommunalwahl, die zu Änderungen in der Zusammensetzung der Stadtvertretung führen wird.

4| Bestätigung des Protokolls der Stadtvertretersitzung vom 28.02.2024 mit Protokollkontrolle

Herr Stadtvertreter Schacht weist darauf hin, dass die Anmerkung in Sachen VFAQ, Tagesordnungspunkt 20, „Anfragen und Mitteilungen“, nicht von ihm, sondern von Frau Stadtvertreterin Steinke, geäußert wurde.

Das Protokoll der 30. Sitzung der Stadtvertretung vom 28. Februar 2024 wird einschließlich dieser Korrektur bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

5| Information über die aktuelle Flüchtlings-/Asylbewerbersituation im Amtsbereich Ribnitz-Damgarten

Herr Krause, Leiter des Haupt- und Personalamtes, informiert über die aktuelle Flüchtlings- und Asylbewerbersituation. Im Amtsgebiet halten sich aktuell 254 Ukrainer auf, daneben 63 Asylbewerber in Ribnitz-Damgarten und 106 in Plummendorf. Unter den 106 in Plummendorf untergebrachten Personen befinden sich sieben Schulkinder und vier in Ausbildung befindliche Jugendliche. 15 Bewohner gehen einer Beschäftigung in der Einrichtung nach, eine Person ist sozialversicherungspflichtig tätig. Die Bewohner haben 11 verschiedene Nationalitäten, so dass kleine Unstimmigkeiten nicht unterbleiben. Unter den in der GU Körkwitz wohnenden Personen besuchen 22 Kinder die Schule bzw. Kita. Der Runde Tisch tagt nach wie vor alle sechs Wochen. Positiv zu verzeichnen ist, dass die Volkshochschule vermehrt Integrations- und Deutschkurse anbietet. Herr Krause begrüßt ausdrücklich, dass ab Mai auch im Stadtgebiet und im Stadtforst als gemeinnützig deklarierte Beschäftigungen aufgenommen werden können.

Auf Anfrage von Herrn Stadtvertreter Giese informiert Herr Krause, dass ihm Zahlen über abgebrochene Integrations- und Sprachkurse nicht vorliegen, er diese Information aber einholen und an Herrn Giese weiterleiten wird.

6| Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens

RDG/BVIVL-24/801

Herr Stadtpräsident Westendorf weist einleitend darauf hin, dass in Ribnitz-Damgarten erstmalig ein Bürgerbegehren initiiert worden ist. Mit dieser Situation umzugehen, ist allseits nicht einfach.

Herr Stadtpräsident Westendorf verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage und die entsprechende Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde.

Herr Bürgermeister Huth führt aus, dass der § 20 der Kommunalverfassung regelt, dass ein Bürgerbegehren zum Bürgerentscheid führt, wenn die Stadtvertretung die Zulässigkeit beschließt. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit sind eng gefasst und liegen seiner Auffassung nach nicht vor. Die Stellungnahme des Landkreises als untere Rechtsaufsichtsbehörde ist umfassend und stellt fest, dass das Bürgerbegehren formell unzulässig ist. Es ist festzuhalten, dass die Standpunkte von Verwaltung und Rechtsaufsicht nicht in allen Punkten identisch sind, aber beide zum gleichen Ergebnis kommen.

Aus Sicht des RAB sind folgende Voraussetzungen erfüllt bzw. nicht erfüllt:

- Die Fragestellung ist zwar komplex, aber mit Ja zu beantworten.

- Die Unterschriften liegen in ausreichender Anzahl vor.
- Nicht gegeben ist die gebotene Transparenz, da den Bürgern nicht deutlich dargestellt wurde, worüber und mit welcher Konsequenz entschieden wird, insbesondere in Hinsicht auf die finanziellen Auswirkungen. Der diesbezügliche Kostendeckungsvorschlag ist sowohl nach Einschätzung der Rechtsaufsichtsbehörde als auch aus Sicht der Verwaltung nicht ausreichend.

Die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ist aufgrund dieser Tatsache zwingend zu verneinen, gegen eine andere Entscheidung müsste er als Bürgermeister aufgrund der Rechtswidrigkeit Widerspruch einlegen. Er stellt klar, dass der Stadt ein Schaden in zweistelliger Millionenhöhe entstehen würde. Der Verlust der Fördermittel für die Aufräumarbeiten würde zu einem negativen Grundstückswert führen.

Herr Stadtvertreter Giese führt aus, dass er als Vertreter seiner Partei für eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger eintritt. Er verweist auf die Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde, die im Ergebnis zu der Auffassung kommt, dass der Argumentation der Beschlussvorlage nicht in allen Punkten gefolgt werden kann. Die Annahme der Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens scheint lediglich als gut vertretbar. Das Bürgerbegehren könnte seiner Ansicht nach somit auch zugelassen werden, was seine Partei unterstützt und zu einer Ablehnung der Beschlussvorlage durch die Fraktion führt. Er beantragt daher die Zurückverweisung der Beschlussvorlage zur nochmaligen Beratung an den zuständigen Ausschuss.

Herr Stadtvertreter Gohs merkt an, dass eine ausführliche Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde vorliegt und er der Argumentation der Rechtsaufsicht und der Verwaltung folgen kann. Die Fraktion CDU/FDP hat das Thema in ihrer Fraktionssitzung ausführlich diskutiert und stimmt der Beschlussvorlage zu. Ein anderer Beschluss wäre auch nicht rechtskonform.

Herr Bürgermeister Huth erklärt Verständnis für das Demokratiebestreben von Herrn Stadtvertreter Giese, weist aber auf die Komplexität des Themas hin.

Frau Stadtvertreterin Wippermann verweist darauf, dass die Rechtsaufsichtsbehörde für die Rechtsberatung der Mitglieder der Stadt- und Gemeindevertretungen zuständig ist. Es sollte das Ergebnis der Betrachtung durch diese akzeptiert werden. Sie würdigt an dieser Stelle das Engagement der Bürgerinitiative für eine Bürgerbeteiligung. Sie verweist des Weiteren darauf, dass die Bürgerinitiative Rechtsmittel gegen die Entscheidung hat.

Der Antrag von Herrn Stadtvertreter Giese, die Beschlussvorlage an den zuständigen Ausschuss zurückzuverweisen, wird mit 3 Ja-Stimmen bei 19 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Beschluss-Nr. RDG/BV/VL-24/801

Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens

Die Stadtvertretung Ribnitz- Damgarten beschließt:

Der durch die Herren Steffen Lott, Burkhard Drechsler und Dr. Steffen Schmidt vertretene Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheides nach § 20 KV- MV zu der Frage:

Soll sowohl eine Veräußerung als auch eine Belastung mit einem Erbbaurecht der im Eigentum der Stadt Ribnitz-Damgarten stehenden, im Gebiet des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten Nr. 109 „Sondergebiet touristische Entwicklung Halbinsel Pütnitz“ gelegenen Grundstücksflächen ausschließlich erfolgen, wenn die Erwerber/durch das Erbbaurecht Begünstigten (im Folgenden insgesamt als Erwerber bezeichnet) sich rechtswirksam dazu verpflichten, alle nachfolgend unter a. – g. benannten, der Stadt Ribnitz-Damgarten entstandenen oder noch entstehenden Kosten, jeweils in Höhe nach dem Verhältnis zwischen der jeweiligen Erwerbsfläche/mit Erbbaurecht belasteten

Fläche und der Gesamtfläche der zuvor genannten Grundstücksflächen zu übernehmen?

Planungs-, Gutachten- und Durchführungskosten sind:

- a. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 109,
- b. Beräumung von Kampfmitteln, Altlastensanierung und Beseitigung schädlicher Bodenveränderungen auf dem künftigen Bebauungsplangebiet,
- c. Abbrucharbeiten vorhandener Start- und Rollbahnen sowie anderer versiegelter Flächen und Gebäude auf dem künftigen Bebauungsplangebiet,
- d. äußere und innere straßenmäßige Erschließung des künftigen Bebauungsplangebietes, inkl. der Umgehungsstraße Damgarten sowie des gesamten Straßen- und Wegenetzes auf solchen Flächen des künftigen Bebauungsplangebietes, die von der Stadt Ribnitz-Damgarten nicht veräußert/mit einem Erbbaurecht belastet werden,
- e. leitungsgebundene Erschließung des künftigen Bebauungsplangebietes (Wasser, Abwasser, Strom, Wärme, Telekommunikation, Internet),
- f. naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen und Maßnahmen des Artenschutzes,
- g. Ausgleichsmaßnahmen nach dem WaldG MV wie Waldausgleichsmaßnahmen und Ersatzaufforstung.

wird als unzulässig abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder	25						
davon anwesend	22	Ja- Stimmen	19	Nein- Stimmen	2	Enthaltungen	1

7) Änderungsbeschluss zum Aufstellungsbeschluss über die VII. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 der Stadt Ribnitz-Damgarten „Körkwitzer Weg“ im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB

RDG/BV/BA-24/780/01

Herr Stadtvertreter Uwe Brandenburg nimmt aufgrund § 24 der Kommunalverfassung M-V, Mitwirkungsverbot, an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Stadtpräsident Westendorf weist darauf hin, dass es sich hier um den Bereich des ehemaligen Intershops handelt.

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-24/780/01

Änderungsbeschluss zum Aufstellungsbeschluss über die VII. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 der Stadt Ribnitz-Damgarten „Körkwitzer Weg“ im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Der Aufstellungsbeschluss Nr. RDG/BV/BA-24/780 vom 28. Februar 2024 der Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten über die VII. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19

wird im Punkt 1 wie folgt geändert:

1. Der mit Ablauf des 8. März 1999/27. September 2004 in Kraft getretene Bebauungsplan Nr. 19 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Körkwitzer Weg“, wird gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB im nachfolgenden Teilbereich, begrenzt
 - begrenzt im Westen durch die Straße „Am See“
 - begrenzt im Norden durch die Straße „Am Bürgermeistergarten“
 - im Osten durch die Grundstücke „Rostocker Straße 1“ und „Rostocker Straße 7“
 - im Süden durch die „Rostocker Straße“ und die Grundstücke „Rostocker Straße

5“ und „Rostocker Straße 7“

geändert. Das Plangebiet umfasst die Flurstücke 19/1, 20/4, 20/5, 25/8, 25/9, 25/10, 25/11, 28/5 und 28/6, der Flur 15 der Gemarkung Ribnitz. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt.

2. Im Übrigen bleibt der Beschluss Nr. RDG/BV/BA-24/780 vom 28. Februar 2024 unverändert bestehen.
3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder	25						
davon anwesend	21	Ja- Stimmen	21	Nein- Stimmen	0	Enthaltungen	0

Herr Stadtvertreter Brandenburg nimmt aufgrund § 24 KV M-V (Mitwirkungsverbot) an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

8| Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die III. Änderung und II. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 28 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Gewerbegebiet Tannenberg I“, OT Klockenhagen

RDG/BV/BA-22/442/01

Herr Stadtvertreter Schneider nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Stadtpräsident Westendorf weist darauf hin, dass es sich hier um den Bereich der ehemaligen DELFA-Hallen handelt.

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-22/442/01

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die III. Änderung und II. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 28 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Gewerbegebiet Tannenberg I“, OT Klockenhagen

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Die Entwurfsunterlagen der III. Änderung und II. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 28 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Gewerbegebiet Tannenberg I“, OT Klockenhagen werden in der vorliegenden Fassung mit Stand vom 26. März 2024 gebilligt und als Entwurf beschlossen.
2. Der Planentwurf und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
3. Den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist nach § 4 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, gleichfalls sind sie von der parallel durchzuführenden Auslegung der Entwurfsunterlagen zu benachrichtigen.
4. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder	25						
davon anwesend	21	Ja- Stimmen	21	Nein- Stimmen	0	Enthaltungen	0

Herr Stadtvertreter Schneider nimmt aufgrund § 24 KV M-V (Mitwirkungsverbot) an der

Beratung und Abstimmung nicht teil.

9| **Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 112 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Photovoltaikanlage an der Bahnstrecke Rostock-Stralsund“, OT Borg**
RDG/BV/BA-23/755/01

Herr Stadtvertreter Schneider nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Stadtvertreter Giese stellt an dieser Stelle das Ergebnis einer Umfrage der Landwirtschaftskammer aus 2023 vor. 60 % der Befragten sprachen sich gegen eine Nutzung von landwirtschaftlich genutzten und brach liegenden Grünflächen für die Gewinnung erneuerbarer Energien aus. Zunächst sollten Parkflächen, Dächer u. ä. genutzt werden. Ein Solarpark kann nicht rückgängig gemacht werden.

Herr Bürgermeister Huth weist darauf hin, dass den Ausführungen von Herr Giese Rechnung getragen wird, indem nur durch das Land privilegierte Flächen für die Gewinnung von Solarenergie genutzt werden. Die Bodenpunkte sind niedrig und die Flächen auf 5.000 ha begrenzt.

Herr Körner, Leiter des Amtes für Bau, Wirtschaft und Liegenschaften, erklärt auf Anfrage von Frau Stadtvertreterin Wippermann, dass eine Heckenbepflanzung, aber keine Aufforstung vorgesehen ist. Mit dem heutigen Satzungsbeschluss wird die formelle Planreife hergestellt, vor der Umsetzung sind weitere baurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und privatrechtliche Regelungen zu treffen, was noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Herr Stadtvertreter Kreitlow verweist auf Diskussionen im Ortsbeirat Klockenhagen, in denen klargestellt wurde, dass der Bodenwert auf diesen Flächen so niedrig ist, dass die Errichtung von Solaranlagen sinnvoll ist.

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-23/755/01

Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 112 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Photovoltaikanlage an der Bahnstrecke Rostock-Stralsund“, OT Borg

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 112 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Photovoltaikanlage an der Bahnstrecke Rostock-Stralsund“, OT Borg durch die Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden hat die Stadtvertretung laut den in der Beschlussvorlage vom 16. April 2024 niedergelegten Behandlungsvorschlägen geprüft (Abwägungsprotokoll). Der Bürgermeister wird beauftragt, die Öffentlichkeit sowie die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, welche Anregungen und Bedenken vorgetragen haben, von diesem Ergebnis unter Angabe von Gründen in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) beschließt die Stadtvertretung den Bebauungsplan Nr. 112 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Photovoltaikanlage an der Bahnstrecke Rostock-Stralsund“, OT Borg bestehend aus dem Planteil (Planzeichnung - Teil A) und dem Textteil (textliche und gestalterische Festsetzungen - Teil B) mit Stand vom 27. März 2024 als Satzung.
3. Die Begründung mit Stand vom 16. April 2024 wird gebilligt. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 112 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Photovoltaikanlage an der Bahnstrecke Rostock-Stralsund“, OT Borg ortsüblich bekannt zu machen; dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden

kann.

4. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 112 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Photovoltaikanlage an der Bahnstrecke Rostock-Stralsund“, OT Borg in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder	25						
davon anwesend	21	Ja- Stimmen	17	Nein- Stimmen	4	Enthaltungen	0

Herr Stadtvertreter Schneider nimmt aufgrund § 24 (Mitwirkungsverbot) an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

**10| Aufstellungsbeschluss über die Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB der Stadt Ribnitz-Damgarten für den Bereich „Rostocker Landweg 42“, OT Petersdorf
RDG/BV/BA-24/794**

Herr Stadtpräsident Westendorf erläutert, dass es sich um einen Lückenschluss handelt. Die Kosten des Bebauungsplanverfahrens werden durch die Investoren getragen.

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-24/794

Aufstellungsbeschluss über die Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB der Stadt Ribnitz-Damgarten für den Bereich „Rostocker Landweg 42“ OT Petersdorf

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

Für die Flurstücke 1/10 tlw. und 2/7 tlw. der Flur 1 Gemarkung Petersdorf wird eine Satzung gem. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB aufgestellt.

Das Plangebiet wird begrenzt:

- im Norden durch das Grundstück „Rostocker Landweg 42“
- im Osten durch landwirtschaftlich genutzte Flächen
- im Süden durch das Grundstück „Rostocker Landweg 43“
- im Westen durch die Straße „Rostocker Landweg“

Es werden folgende Planziele angestrebt:

- bauliche Abrundung und Nachverdichtung der Ortsrandlage
- Bebauung für eine Wohnnutzung unter Berücksichtigung einer geordneten und nachhaltigen städtebaulichen und gestalterischen Entwicklung

Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder	25						
davon anwesend	22	Ja- Stimmen	22	Nein- Stimmen	0	Enthaltungen	0

**11| Beschluss der 3. Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten
RDG/BV/BA-23/733/01**

Beschluss Nr. RDG/BV/BA-23/733/01

Beschluss der 3. Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligungen vorgebrachten Stellungnahmen sowie die Stellungnahmen der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung lt. den in der Beschlussvorlage vom 28. März 2024 niedergelegten Behandlungsvorschlägen geprüft (Abwägungsprotokoll). Der Bürgermeister wird beauftragt, die Öffentlichkeit sowie die betroffenen Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange, welche Anregungen und Bedenken vorgetragen haben, von diesem Ergebnis unter Angabe von Gründen in Kenntnis zu setzen.
2. Die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes in der Fassung vom 28. März 2024 wird beschlossen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Beschluss der 3. Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten ortsüblich bekannt zu machen; dabei ist auch anzugeben, wo die Planunterlagen während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder	25						
davon anwesend	22	Ja- Stimmen	22	Nein- Stimmen	0	Enthaltungen	0

12| Ausübung des Wahlrechtes zur Erstellung von jährlichen Beteiligungsberichten als Alternative zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 61 KV M-V

RDG/BV/FA-24/789

Beschlussvorlage Nr. RDG/BV/FA-24/789

Ausübung des Wahlrechtes zur Erstellung von jährlichen Beteiligungsberichten als Alternative zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses gemäß § 61 KV M-V

Die Stadtvertretung beschließt in Ausübung ihres Wahlrechtes die Erstellung von jährlichen Beteiligungsberichten als Alternative zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses nach § 61 KV M-V.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder	25						
davon anwesend	22	Ja- Stimmen	22	Nein- Stimmen	0	Enthaltungen	0

13| Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Ergebnisse der Prüfungstätigkeit gemäß § 3 Kommunalprüfungsgesetz M-V

RDG/IV/FA-24/788

Herr Stadtpräsident Westendorf führt aus, dass die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses einmal jährlich schriftlich über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung zu berichten hat.

Der Stadtvertretung ist der Prüfbericht in geeigneter Form zur Verfügung gestellt worden.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zustimmend zur Kenntnis.

Der jährliche Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses wird nach Kenntnisnahme durch die Stadtvertretung öffentlich ausgelegt und einsehbar gemacht.

**14| Interessensbekundung zur Teilnahme am Bundesförderprogramm „Demokratie leben“
RDG/BV/BK-24/803**

Herr Stadtpräsident Westendorf erklärt einleitend, dass es sich hier um eine Interessensbekundung handelt. Diese ist Voraussetzung für die eventuelle Ausreichung von Fördermitteln.

Herr Stadtvertreter Giese gibt in diesem Zusammenhang im Namen der AfD-Fraktion ein Statement gegen die Beteiligung an diesem Bundesförderprogramm ab. Es geht um Arbeit gegen Rechtsextremismus, die durch die Steuerzahler finanziert werden soll. Er verliest stellenweise die Inhalte des Programms. Die Fraktion ist der Auffassung, dass die Umsetzung des Programms in der Stadt und den Schulen nicht von allen gewollt ist.

Auf Anfrage von Herrn Stadtvertreter Steinke erklärt Herr Bürgermeister Huth, dass die Stadt bis zum Ende des 2. Quartals eine Interessensbekundung abgeben muss, um die Möglichkeit der Mittelabforderung erhalten zu können. Nach der Interessensbekundung steht die Aufgabe, über konkrete Projekte nachzudenken und Überlegungen bezüglich der Umsetzung anzustellen.

Herr Stadtvertreter Leipold macht deutlich, dass sich das Programm sowohl gegen Rechtsextremismus als auch Linksextremismus richtet. Es handelt sich um die Möglichkeit der Durchführung von Projekten der Jugendarbeit, die genutzt werden sollte. Über die konkreten Projekte entscheidet die Stadt, so dass gewährleistet ist, dass jede Art von Extremismus vermieden wird.

Herr Stadtvertreter Kreitlow stellt klar, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss handelt. Über Inhalte sind Einzelfallentscheidungen erforderlich.

Frau Kunz, Leiterin des Amtes für Bildung, Tourismus und Kultur, bekräftigt, dass sich das Programm gegen Extremismus jeder Art richtet. Sie empfiehlt der Stadtvertretung ausdrücklich die Beschlussfassung.

Beschluss-Nr. RDG/BV/BK-24/803

Interessensbekundung zur Teilnahme am Bundesförderprogramm „Demokratie leben“

Die Stadtvertretung beschließt die Abgabe einer Interessensbekundung zur Förderung über das Programm „Demokratie leben“ mit dem Ziel der Entwicklung einer lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ in der Bernsteinstadt.

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der Mitglieder	25						
davon anwesend	22	Ja- Stimmen	20	Nein- Stimmen	1	Enthaltungen	1

15| Informationen des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Huth informiert, dass

- es im Ergebnis einer Jugendbeteiligungsrunde zukünftig eine Jugendwerkstatt geben wird. Die Jugendlichen sind sehr an einer politischen Mitbestimmung interessiert. Um Kontinuität zu gewährleisten, wird ein Koordinator des Landkreises das Projekt begleiten
- die Übergabe von Teilen des ehemaligen Faserplattenwerkgeländes erfolgt ist. Die Stadt als jetziger Besitzer hat im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht einen Zaun aufgestellt und eine Bestreifung in Auftrag gegeben.
- die Stimmzettel für die Kommunalwahl am 9. Juni 2024 insgesamt 109 Bewerberinnen und Bewerber für die Wahl der Stadtvertretung und sogar 159 für die Wahl des Kreistages enthalten und somit sehr groß bei einer relativ kleinen Schrift ausfallen. Es werden aktuell Überlegungen angestellt, wie insbesondere ältere Bürgerinnen und Bürger über das Aussehen und die antretenden Personen informiert werden können, damit Unruhe und Schlängensbildung in den Wahllokalen weitgehend vermieden werden kann. Sie werden unter anderem in den Schaukästen ausgehängt und in den Bibliotheken ausgelegt.

16| Anfragen/Mitteilungen

- Auf Anfrage von Herrn Stadtvertreter Kreitlow teilt Herr Bürgermeister Huth mit, dass auf dem kürzlich erworbenen Gelände des ehemaligen Faserplattenwerkes auch sozialer Wohnungsbau vorgesehen ist.
- Herr Stadtvertreter Eggersmann erklärt, dass er sich aus geschäftlichen und persönlichen Gründen nicht mehr um einen Sitz in der Stadtvertretung bewirbt und spricht seinen Dank für die langjährige gute, konstruktive Zusammenarbeit aus. Die Ausübung dieses Ehrenamts hat ihm immer Spaß bereitet.
- Herr Stadtvertreter Schacht erfragt im Zusammenhang mit der bevorstehenden Sanierung der Bahnhofstraße Parkmöglichkeiten für die Anwohner der den Verkehr aufnehmenden Straßen, d. h. des „Südlichen Rosengartens“ und der „Ulmenallee“. Er bittet um Prüfung und Information an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Eine Möglichkeit sieht er im Bereich des Güterbahnhofs.
- Hinsichtlich der 27 Schulkinder aus Tempel weist er mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Bedarfsampel an der B 105 hin. Der Antrag ist gestellt, aber die Verwaltung muss auf eine schnelle Entscheidung drängen.
- Herr Stadtvertreter Schacht berichtet über weitere verkehrliche Missstände in den Ortsteilen Hirschburg – Klein Müritz, Freudenberg und Altheide, die beseitigt werden müssen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Protokolle des Fachausschusses.
- Auf Anfrage von Herrn Stadtvertreter Konkol informiert Herr Bürgermeister Huth, dass es sechs Bewerbungen für die neu ausgeschriebene Stelle einer Politesse/eines Politeurs gibt.

17| Rückblick des Stadtpräsidenten auf die Wahlperiode 2019 - 2024 mit Ehrung und Verabschiedung von Mitgliedern der Stadtvertretung

Herr Stadtpräsident Westendorf hält einen ausführlichen, ausdrücklich persönlichen Rückblick auf die Wahlperiode 2019 – 2024, insbesondere seine Amtszeit als Stadtpräsident. Gewählt wurde er am 19. August 2020, nachdem Thomas Huth, der 2019 zum Stadtpräsidenten gewählt worden war, aufgrund seiner Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister den Verzicht auf seinen Sitz in der Stadtvertretung erklärt hat.

- Er blickt unter anderem zurück auf die Bürgermeisterwahl am 1. März 2020, der am 15. März 2020 eine Stichwahl folgte. Diese konnte erfreulicher Weise noch durchgeführt werden, denn einen Tag später begannen starke Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Er erinnert daran, dass zum Beispiel am 16. März 2020 die Schulen und Kitas geschlossen wurden. Strenge Corona-Regeln beeinflussten die Sitzungen bis zum 7. April 2023.
- Am 13. Mai 2020 hatte der Livestream Premiere. Er bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass seitdem interessierte Zuschauer am Bildschirm begrüßt werden können und damit mehr Transparenz geboten wird.
- Er berichtet, dass ein großer Teil der Beschlüsse im Zusammenhang mit Bebauungsplänen und Veräußerungen von Liegenschaften stand. Der Verkauf von Wohnbaugrundstücken war eine wichtige Einnahmequelle. Es wurden auch zahlreiche Gewerbegrundstücke veräußert, vorwiegend in den Gewerbegebieten „Am Tannenbergr“, „An der Mühle“, und „Beim Handweiser“. Zwei Einzelhandelsgrundstücke gingen an REWE und NORMA. Positiv sind auch der Wohnungsbau durch die Wohnungsgenossenschaft „Am Bodden“ im Neubau, durch die Gebäudewirtschaft im Mittelweg und von diversen privaten Investoren sowie der Bau der Kita Klockenhagen und der Erwerb einer Grundstücksfläche des ehemaligen Faserplattenwerkes.
- Von besonderer Bedeutung war der Bau des Schulcampus BernsteinSchule. Der erste Spatenstich erfolgte im August 2020, zum Schulstart 2023 konnte die Fertigstellung gefeiert werden.
- Beim Projekt „Bernstein-Resort“ können große Fortschritte verzeichnet werden. Nachdem die Fläche 2008 gekauft und das Raumordnungsprogramm 2016 abgeschlossen wurde, konnte am 16. Oktober 2022 der Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 109 „Sondergebiet touristische Entwicklung Halbinsel Pütznitz“ gefasst werden.
- Mit Stolz erfüllt ihn, dass in der gesamten Wahlperiode ein ausgeglichener Haushalt beschlossen werden konnte. Besonders erfreulich ist auch, dass bei den freiwilligen Leistungen keine Kürzungen vorgenommen werden mussten.
- Im Bereich Kunst und Kultur entstand in der Corona-Krise die jetzt traditionelle und sehr erfolgreiche Veranstaltungsreihe „Musik offen“. Die Volksfeste Hafentage, Frühlingsfest und Badewannenrennen waren immer sehr gut besucht. Das Stadtkulturhaus konnte erhalten und teilsaniert werden. Die Bockwindmühle im Freilichtmuseum Klockenhagen wurde saniert. Dem Bernsteinmuseum gelang der Ankauf der TUI-Sammlung. Dies nur ein paar Beispiele.
- Wichtig ist ihm auch die Würdigung des Ehrenamts. Er verweist insbesondere auf die aktuell 137 aktiven Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr und die aus 44 Mitgliedern bestehende Jugendfeuerwehr sowie auf alle in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich Tätigen. Er bedankt sich auch bei den Trainern und Betreuern der zur Zeit 3925 Mitglieder in den 13 Sportvereinen.

Herr Bürgermeister Huth bedankt sich bei Herrn Stadtpräsident Westendorf für die hervorragende Zusammenarbeit und sein Wirken als Sitzungsleiter, aber auch außerhalb des Rahmens von Stadtvertreter Sitzungen. Besonders in Erinnerung wird ihm seine Konstruktivität, Kontinuität und die unaufgeregte Begleitung teilweise schwieriger Einwohnerfragestunden bleiben. Er bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass er ihn nicht zu einer erneuten Kandidatur überreden konnte.

Herr Stadtvertreter Gohs richtet Dankesworte der Fraktion CDU/FDP an Herrn Stadtpräsident Westendorf. Er war ein großartiger Sitzungsleiter. Seine Kommunikationsfähigkeit war beeindruckend. Er hat es mehrfach geschafft und sich die Zeit

genommen, die Fraktionsvorsitzenden bei Problemthemen im Vorfeld der Sitzungen an einem Tisch zusammenzuführen und zu diskutieren. Er hat das Amt neutral, aber gewissenhaft ausgeübt und hinterlässt große Fußstapfen.

Frau Stadtvertreterin Steinke erklärt, dass sie seine ruhige, ausgeglichene Art, auch in schwierigen Sitzungssituationen, bewundert hat.

Frau Stadtvertreterin Wippermann bekräftigt, dass er ein wunderbarer Stadtvertretervorsteher war und überreicht ihm ein kleines Abschiedsgeschenk.

Frau Stadtvertreterin Bonke lobt insbesondere sein hervorragendes Zeitmanagement.

Herr Stadtpräsident Westendorf dankt allen Rednern für die anerkennenden Worte.

Anschließend verabschiedet Herr Stadtpräsident Westendorf die Stadtvertreterinnen Ruth Steinke und Ramona Giese sowie Herrn Stadtvertreter Eggersmann. Ebenso wie Herr Stadtvertreter Kiupel, der gesundheitsbedingt nicht anwesend sein kann und er selbst treten diese aktuellen Mitglieder der Stadtvertretung nicht wieder zur Kommunalwahl an. Alle Anwesenden erhalten einen Blumenstrauß.

Danach überreicht Herr Stadtpräsident Westendorf Herrn Stadtvertreter Voß, der ebenfalls nicht wieder kandidiert, die Ehrennadel des Städte- und Gemeindetages für 30 Jahre Kommunalpolitik einschließlich Ehrenurkunde und einen Blumenstrauß. Herr Voß wurde nach der Eingemeindung Langendamms 1994 erstmalig in die Stadtvertretung gewählt und ist seitdem ununterbrochen Mitglied des Gremiums. Er war über viele Jahre Mitglied des Bau- und Wirtschaftsausschusses und zuletzt Vorsitzender des Ausschusses Bodden-Therme. Seit ca. 25 Jahren ist er Vorsitzender des Ortsbeirates Langendamm, umgangssprachlich der „Ortsbürgermeister von Langendamm“. Herr Stadtvertreter Voß war insbesondere für seinen geradlinigen Stil bekannt.

Herr Voß bedankt sich und erklärt, dass ihm dieses Ehrenamt sehr viel Spaß gemacht hat. Es ging mal hoch und mal runter. Er ruft dazu auf, die Demokratie zu bewahren und Rahmenbedingungen für eine weitere positive Entwicklung der Stadt zu schaffen. Besonders liegt ihm auch die Stärkung der Ortsbeiräte am Herzen.

Im Anschluss an diese Ehrung übernimmt Herr Bürgermeister Huth die Auszeichnung von Frau Stadtvertreterin Völschow und Herrn Stadtvertreter Schacht mit der Ehrennadel des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern für 20 Jahre Kommunalpolitik.

Der öffentliche Teil ist um 19:55 Uhr beendet.

Hans-Joachim Westendorf
Vorsitz

Martina Hilpert
Schriftführung